



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Unverzüglich Klarheit schaffen: Was plant die Staatsregierung bezüglich der Straßenausbaubeiträge?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich im zuständigen Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über den Stand der Arbeiten an der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu berichten und hierbei insbesondere auf folgende Fragestellungen einzugehen:

- Wann ist mit der Vorlage eines Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und dem Inkrafttreten einer solchen Regelung zu rechnen?
- Welche Erstattungsregelung für den Ausfall der bisherigen Beitragseinnahmen ist für die Kommunen angedacht?
- Von welcher Höhe an Erstattungen für die Kommunen geht die Staatsregierung aus und wie gedenkt sie diese Erstattungen zu finanzieren?
- Werden auch Kommunen, welche bisher keine Straßenausbaubeitragssatzung verabschiedet haben, in den Genuss der Erstattungen kommen?
- An welche Regelung denkt die Staatsregierung im Hinblick auf die, seit Inkrafttreten der Regelungen zu den Straßenausbaubeiträgen gezahlten, noch nicht vollständig abgerechneten und gestundeten oder verrenteten Beiträge?

Begründung:

Nachdem im Landtag ein Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 17/19093) eingebracht und ein Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestartet wurde, hat die die Staatsregierung tragende Fraktion auf ihrer Klausurtagung in Kloster Banz vor fünf Wochen folgenden Beschluss gefasst: „Die CSU-Fraktion wird die Straßenausbaubeiträge schnellstmöglich abschaffen. Einzelheiten wie Übergangsregelungen oder die finanzielle Unterstützung der Kommunen werden wir in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden erarbeiten.“ (Quelle: CSU.de, 17.01.2018) Seither können die bayerischen Kommunen nicht mehr rechtssicher Straßenausbauten in Angriff nehmen, da allgemein mit einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gerechnet wird. Gleichzeitig sind wichtige Fragen bisher vollkommen offen. Um den Kommunen hier möglichst schnell Planungssicherheit zu geben, hat die Staatsregierung unverzüglich dem zuständigen Ausschuss über die Planungen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu berichten.